

Thema der Woche

Kommission konstatiert Fortschritte bei Investitionsförderung, Strukturreformen und verantwortungsvoller Fiskalpolitik

In Kürze

WTO Übereinkommen über Handelserleichterungen ist in Kraft
Parlament fordert unionsweite Begriffsbestimmungen und zivilrechtliche Regelungen im Bereich der Robotik

Neues aus der Kommission

Konsultation zu Kompetenzprofil-Tool für Drittstaatsangehörige

Neues aus dem Rat

Regeln gegen Steuervermeidung: Steuern dort bezahlen, wo sie erwirtschaftet werden
Bildungsminister diskutiert Beitrag der Bildung zum sozialen Zusammenhalt im Rahmen des Europäischen Semesters

Neues aus dem Gerichtshof der EU

EuGH: „Gebühren zur Erteilung oder Verlängerung einer Betriebslizenz dürfen keinesfalls die Kosten des Genehmigungsverfahrens übersteigen“
EuGH-Statistik: Viele Fälle, kürzere Verfahrensdauer

Statistik der Woche

Energieverbrauch in der EU unter dem Niveau von 1990

Jobs+Jobs+Jobs

Europäische Eisenbahnagentur sucht Administrators (Operational Units)

EU-Agenda

EU-Kommission: 2202. Sitzung am 28. Februar 2017

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Kommission konstatiert Fortschritte bei Investitionsförderung, Strukturreformen und verantwortungsvoller Fiskalpolitik

Die Kommission hat am Mittwoch ihre jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten (Länderberichte) vorgelegt. Sie konstatiert den Mitgliedstaaten Fortschritte bei der Umsetzung der im vergangenen Jahr erteilten länderspezifischen politischen Empfehlungen um das „magische Dreieck“ aus Investitionsförderung, Strukturreformen und verantwortungsvoller Fiskalpolitik. Die Fortschrittsbewertung der Mitgliedstaaten, auch als Winterpaket des Europäischen Semesters bekannt, ist Teil des jährlichen Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene.

Im Länderbericht für Österreich hebt die Kommission positiv hervor, dass das Wirtschaftswachstum durch Investitionen und privaten Konsum angekurbelt wurde. Der private Konsum sei durch die Steuerreform 2016 gesteigert worden. Die Arbeitslosigkeit in Österreich sei trotz der gestiegenen Arbeitslosenrate im europäischen Vergleich noch immer niedrig. Das Arbeitskräfteangebot habe aufgrund von Zuwanderung, höherem Pensionsalter und größerem Arbeitskräfteangebot von Frauen zugenommen. Auch Beschäftigungen haben wieder zugenommen (v.a. durch Teilzeit), aber nicht im gleichen Maße wie das Angebot.

Lobend erwähnt die Kommission große Fortschritte bei der Unterbringung und Integration (insb. Sprach- und Orientierungskurse) von Flüchtlingen in Österreich. Positiv erwähnt werden hier insbesondere die Sozialpartnerinitiativen zur Integration.

Kritisiert wird die hohe steuerliche Belastung auf Einkommen in Österreich. „Eine Entlastung darf aber nicht durch neue Steuern finanziert werden, sondern durch Bürokratieabbau und Verwaltungslastenreduktion“, betonte Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich und Ehrenpräsident von EUROCHAMBRES, dem europäischen Dachverband der Wirtschaftskammern, anlässlich der Veröffentlichung der Länderberichte. So übt die EU-Kommission Kritik an der mangelnden Nachhaltigkeit der österreichischen Pensions- und Gesundheitssysteme. Hier bestehe dringender Reformbedarf: „Sie sind große Kostentreiber im österreichischen Staatshaushalt“, kommentiert Leitl. Die Kommission fordert als notwendige Reformmaßnahmen im Länderbericht für Österreich ein: Koppelung des Antrittsalters an die Lebenserwartung, raschere Anhebung des Frauenpensionsalters und weniger Frühpensionen. Auch die Wirtschaftskammer tritt für eine Ausdehnung der Zeit der Erwerbstätigkeit ein. Trotz eines Pensionsalters von 65 Jahren liegt etwa das faktische Pensionsalter unverändert bei rund 60 Jahren.

Abgesehen vom positiv beurteilten dualen Ausbildungssystem liegt Österreich im schulischen Bildungsbereich laut Länderbericht nur im Durchschnitt. „In Zukunft wird es in Österreich Engpässe an Computerspezialisten und im digitalen Bereich qualifizierten Mitarbeitern geben. Um den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig zu stärken, sind z.B. schlicht mehr Informatiker notwendig“, so Leitl. Die Digital Roadmap, die am 19.01.2017 endlich veröffentlicht wurde, sieht ein potientielles Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (plus 50 Milliarden Euro bis 2030) und zahlreiche neue Jobs (80.000 bis 100.000) in diesen Bereichen.

Ansprechpartnerin: Franziska Annerl

Inhaltsverzeichnis

WTO Übereinkommen über Handelserleichterungen ist in Kraft

Am 22. Februar 2017 ist das **Übereinkommen über Handelserleichterungen** (Trade Facilitation Agreement, TFA) in Kraft getreten. Handelserleichterungen waren bereits im Dezember 1996 während der WTO-Ministerkonferenz in Singapur ein Thema. Im Juli 2004 begannen schließlich die offiziellen Verhandlungen. Nach einer Vielzahl von Vorschlägen und Änderungen erfolgte im Zuge der Ministerkonferenz in Bali im Dezember 2013 die Einigung auf den Text des Übereinkommens. Es wurde festgelegt, dass zum Inkrafttreten die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten (110 Staaten) nötig ist. Durch die am 22. Februar erfolgte Ratifizierung durch Tschad, Jordanien, Oman und Ruanda sind es nunmehr 112 Länder, die das Abkommen ratifiziert haben. Die EU hat für ihre Mitgliedstaaten bereits im Oktober 2015 ratifiziert. Dank des Übereinkommens sollen **internationale Export- und Importverfahren sowie Zollformalitäten vereinfacht und dadurch Verwaltungsaufwand und Kosten reduziert** werden. Dies birgt vor allem auch großes Potenzial für KMU und soll das Wachstum ankurbeln.

Parlament fordert unionsweite Begriffsbestimmungen und zivilrechtliche Regelungen im Bereich der Robotik

Das Europäische Parlament nahm im Rahmen seiner **Plenarsitzung** vergangene Woche eine **Entschließung zu zivilrechtlichen Regelungen im Bereich der Robotik** an. Diese greift eine ganze **Bandbreite an Fragestellungen im Zusammenhang mit den Themenbereichen Robotik und Künstliche Intelligenz** auf, wie Standardisierung, Sicherheit, Datenschutz, Forschung und Innovation, Haftungsregeln oder ethische Grundsätze. Das Parlament vertritt die Meinung, dass der **bestehende EU-Rechtsrahmen modernisiert** und gegebenenfalls um ethische Vorgaben ergänzt werden sollte, die der Komplexität der Robotik und ihren zahlreichen Facetten Rechnung tragen. Die Kommission wird zudem aufgefordert, **gemeinsame unionsweite Begriffsbestimmungen** für cyber-physische Systeme, autonome Systeme, intelligente autonome Roboter und deren Unterkategorien festzulegen sowie einen Vorschlag für eine Richtlinie über zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik vorzulegen.

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

Konsultation zu Kompetenzprofil-Tool für Drittstaatsangehörige

Die Europäische Kommission hat ein sogenanntes **Kompetenzprofil-Tool für Drittstaatsangehörige („Skills Profile Tool for Third Country Nationals“)** entwickelt, welches die **Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt vereinfachen** soll. Zu der nun veröffentlichten **Demoversion** sind **Interessenträger eingeladen, bis 3. März im Rahmen einer Umfrage ihre Meinung abzugeben**.

Konkret soll die Anwendung dabei helfen, die **Kompetenzen von erst kürzlich in EU Mitgliedstaaten angekommenen Drittstaatsangehörigen** in EU-weit einheitlicher Weise **festzustellen sowie zu dokumentieren**. Ziel ist zudem, deren Kompetenzen und Arbeitserfahrungen anschaulich zu machen und ihre

Anliegen zu verstehen. Die gesammelten Informationen können in der Folge für weitere Maßnahmen, wie Beratungs- oder Weiterbildungsangebote oder zur Unterstützung bei der Arbeitssuche, herangezogen werden.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Rat

Regeln gegen Steuervermeidung: Steuern dort bezahlen, wo sie erwirtschaftet werden

Bei der Tagung des Rates "Wirtschaft und Finanzen" am 21. Februar 2017 wurde eine Einigung auf Regeln zur Bekämpfung von Steuervermeidung mittels sogenannter hybrider Gestaltungen mit Drittländern erzielt (Anti Tax Avoidance Directive 2, ATAD 2). Dabei handelt es sich um Unterschiede zwischen verschiedenen Steuersystemen (in diesem Fall zwischen einem EU-Staat und einem Drittstaat), die von Unternehmen ausgenutzt werden, um ihre Gesamtsteuerschuld zu verringern. Die Richtlinie soll dafür sorgen, dass Unternehmen ihre Steuern in Zukunft dort entrichten, wo diese auch tatsächlich erwirtschaftet werden.

Beispiele für hybride Gestaltungen:

Hybride Finanzinstrumente: Hier werden Zahlungen in den einzelnen Steuergebieten unterschiedlich behandelt. Dabei werden z.B. bestimmte Arten von Zahlungen wie Genussrechte oder Darlehen in einem Land steuerrechtlich wie Eigenkapital, im anderen jedoch wie Fremdkapital bewertet.

Hybride Unternehmen: Unternehmen werden in einem Land steuerrechtlich als intransparent (z.B. eine Kapitalgesellschaft: die Gesellschaft selbst unterliegt als selbständiges Steuersubjekt der Besteuerung) und in einem anderen Land als transparent (z.B. eine Personengesellschaft: Gewinnbesteuerung erfolgt unmittelbar beim Gesellschafter) eingestuft.

Für hybride aufsichtsrechtliche Eigenmittel im Bankensektor und Wertpapierhändler wurden Kompromisse erzielt. Des Weiteren ist nun auch eine längere Umsetzungsfrist bis 1. Januar 2020 bzw. für eine spezifischen Regelung (Art. 9a) bis 1. Januar 2022 vorgesehen. Die Neuerung ergänzt die am 20. Juni 2016 angenommene Richtlinie zur Bekämpfung der Steuervermeidung (Anti Tax Avoidance Directive, ATAD), die sich auf Maßnahmen gegen hybride Gestaltungen innerhalb der EU bezieht. Die Regelungen gehen mit den 2015 erschienenen OECD Empfehlungen zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Basic Erosion and Profit Shifting, BEPS) einher. Sobald das Europäische Parlament seine Stellungnahme abgegeben hat, kann die Richtlinie vom Rat formal angenommen werden. Da es sich um eine Steuerbestimmung handelt, ist hier Einstimmigkeit vonnöten.

Des Weiteren fand bei der Tagung auch ein Austausch zu Kriterien und Verfahren für die Erstellung einer EU-Liste nicht-kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke statt, der an die Ratsschlussfolgerungen vom 8. November 2016 anschließt. Eine solche Liste soll bis Ende des Jahres erstellt werden und jene Länder und Gebiete enthalten, die in Bezug auf EU-Steuerstandards bestimmte Mindestkriterien nicht erfüllen.

Schließlich gab der Rat eine Empfehlung an das Europäische Parlament hinsichtlich der Entlastung der Kommission zur Ausführung des EU-Haushaltsplans 2015 ab und nahm Schlussfolgerungen zu den Prioritäten und Hauptelementen des EU-Haushalts 2018 an.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Bildungsminister diskutiert Beitrag der Bildung zum sozialen Zusammenhalt im Rahmen des Europäischen Semesters

Im Rahmen des Rates der für Bildungspolitik zuständigen Minister der EU Mitgliedstaaten am vergangenen Freitag wurden unter anderem Schlussfolgerungen zum Thema „Investieren in Europas Jugend unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Solidaritätskorps“ angenommen.

Der Rat reagiert damit auf die von der Kommission im Dezember vorgeschlagene Jugendinitiative. Ziel dieses Maßnahmenpakets ist die **Verbesserung der Qualifikationen und Chancen junger Menschen**. Es umfasst auch eine Mitteilung über das Europäische Solidaritätskorps.

Die Minister hielten zudem eine Aussprache über den **Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zum sozialen Zusammenhalt** und die Förderung der gemeinsamen europäischen Werte **im Rahmen des Europäischen Semesters 2017** ab. Thema war hier vor allem die Reduzierung von Bildungsungleichheiten aufgrund sozioökonomischer Unterschiede, die bei der PISA-Studie 2015 festgestellt wurden.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Gerichtshof der EU

EuGH: „Gebühren zur Erteilung oder Verlängerung einer Betriebslizenz dürfen keinesfalls die Kosten des Genehmigungsverfahrens übersteigen“

Gemäß britischem Recht hat jeder, der einen Antrag auf Erteilung oder Verlängerung einer **Lizenz** zum Betrieb von – im konkreten Fall – Sexshops stellt, eine **Gebühr** zu entrichten. Diese Gebühr setzt sich **aus zwei Teilen** zusammen. **Ein Teil ist für die Antragsbearbeitung** zu entrichten – dieser Teil wird auch im Falle einer Ablehnung des Antrags nicht rückerstattet. **Ein anderer Teil der Gebühr**, im konkreten Fall der Großteil der Gesamtgebühr, **ist für die allgemeine Verwaltung der Lizenzregelung, unabhängig von den Kosten des Genehmigungsverfahrens zu entrichten**. Letzterer wird im Falle der Ablehnung des Antrags zurückerstattet.

Die **Dienstleistungsrichtlinie** sieht vor, dass Kosten, die sich aus einem Genehmigungsverfahren ergeben, vertretbar und zu den Kosten des Verfahrens verhältnismäßig sein müssen und diese nicht übersteigen dürfen. Da sich der oben beschriebene zweite Teil der Gebühr, welche zur Erteilung oder Verlängerung einer Lizenz zu entrichten ist, auf die Verwaltung der Lizenzregeln allgemein bezieht und einen Zusatz zu den Kosten des entsprechenden Verfahrens darstellt, beanstandete der Kläger im gegenständlichen Fall C-316/15 einen Verstoß gegen die Dienstleistungsrichtlinie.

Der im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens mit diesem Fall betraute EuGH urteilte, dass die **Gebühr welche für die Erteilung oder Verlängerung einer Lizenz zu entrichten ist, keinesfalls die Kosten des in Frage stehenden Genehmigungsverfahrens übersteigen darf**. Nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist die Erhebung einer Gebühr, die unabhängig von den konkreten Kosten des Genehmigungsverfahrens ganz allgemein für die Verwaltung der Genehmigungsregeln erhoben wird.

Die Wirtschaftskammer begrüßt diese Auslegung des Europäischen Gerichtshofs. Überhöhte Lizenzgebühren stellen Markteintrittsbarrieren für Unternehmer dar und hemmen folglich einen ausgeprägten und unverfälschten Wettbewerb.

Ansprechpartner: Franz Brudl

EuGH-Statistik: Viele Fälle, kürzere Verfahrensdauer

Beim Gerichtshof der Europäischen Union wurden im vergangenen Jahr wieder zahlreiche Fälle eingebracht. Insgesamt erledigte der Gerichtshof 2016 laut neuester Statistik 704 Rechtsachen. Im Vergleich zu 2015 ist das ein Plus von 14 Prozent. Von den 692 neu eingegangenen Rechtsachen gehen 470 auf **Vorabentscheidungsersuchen** nationaler Gerichte zurück. In der Geschichte des EuGHs stellt dies einen **Rekordwert** dar und ist einerseits Ausdruck der **Bedeutung des Vorabentscheidungsverfahrens für die Umsetzung des Unionsrechts als auch ein Zeichen des Vertrauens seitens der nationalen Gerichte der Mitgliedstaaten**. Die durchschnittliche Verfahrensdauer in Vorabentscheidungssachen lag im Jahr 2016 bei 15 Monaten. Dies ist seit langem der niedrigste Wert. Im Mittel aller Rechtsachen liegt die Verfahrensdauer bei 14,7 Monaten.

Beim Gericht ist die Zahl der neu eingegangenen Rechtsachen um 17 Prozent von 831 in 2015 auf 974 in 2016 gestiegen. Der Anstieg ist in erster Linie auf die **Umsetzung der Reform des Gerichtssystems** (Übergang von Gericht für den öffentlichen Dienst auf Gericht) zurückzuführen. Gleichzeitig ist ein positiver Trend bei der Verfahrensdauer zu vermerken: Die Durchschnittsdauer eines Verfahrens betrug 2016 18,7 Monate. Zur Entwicklung der **Streitsachen** ist festzuhalten, dass 2016 mehr Rechtsachen des geistigen Eigentums (+11 Prozent) als auch eine weiterhin hohe Anzahl an staatlichen Beihilfe-Rechtsachen verzeichnet wurden.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis



Statistik der Woche

Energieverbrauch in der EU unter dem Niveau von 1990

Im Jahr 2015 lag der Bruttoinlandsenergieverbrauch, also die Energiemenge, die für die Deckung des gesamten Inlandsverbrauchs erforderlich ist, in der Europäischen Union um 2,5 Prozent unter dem Niveau von 1990. **Fossile Brennstoffe** waren 2015 weiterhin die mit **Abstand wichtigste Energiequelle**, obwohl sich ihr Anteil in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich verringert hat und von 83 Prozent im Jahr 1990 auf 73 Prozent im Jahr 2015 gesunken ist. In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass im gleichen Zeitraum die **Abhängigkeit der EU von der Einfuhr fossiler Brennstoffe gestiegen** ist: 2015 wurden 73 Prozent der fossilen Brennstoffe eingeführt, während es im Jahr 1990 nur knapp mehr als die Hälfte (53 Prozent) war.

Diese jüngsten von Eurostat veröffentlichten Zahlen belegen, dass es der Europäischen Union gelungen ist, das **Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch** zu entkoppeln. Es geht aus ihnen jedoch auch klar hervor, dass die Dekarbonisierung im Energiesektor und damit der Weg hin zu erneuerbaren Energien nur schrittweise begangen werden kann.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Jobs + Jobs + Jobs

Europäische Eisenbahnagentur sucht Administrators (Operational Units)

Die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) mit Sitz in Valenciennes/Frankreich sucht:

Administrators in the Operational Units (AD8)

ERA/AD/2017/001-OPE

Bewerbungen sind bis zum 13. März möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

EU-Agenda

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2202. Sitzung am 28. Februar 2017

Politikkoordination

Weißbuch zur Zukunft Europas

Politikkoordination / Grundrechte und Rechtsstaat / Äußeres / Sicherheitspolitik / Migration, Inneres / Sicherheitsunion

Fünfter Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Türkei Erklärung

Dritter Zwischenbericht über den Rahmen für die Partnerschaft mit Drittländern im Rahmen der europäischen Migrationsagenda

Mitteilung über eine wirksamere Rückführungspolitik

Zweiter Bericht über den Start des europäischen Grenzschutzkorps und der Küstenwache

Zehnter Bericht zur Umsiedlung

Fünfter Fortschrittsbericht zur Sicherheitsunion

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

27. Februar Ausschuss für Wirtschaft und Währung / Rechtsausschuss

Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen

27. Februar Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten / Ausschuss für Kultur und Bildung

Bessere Dienste für Kompetenzen und Qualifikationen (Europass)

Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen

27.-28. Februar Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Vorschriften für Roamingvorleistungsmärkte

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung)

27.-28. Februar Ausschuss für internationalen Handel

Auf dem Weg zu einem neuen Handelsrahmen zwischen der EU und der Türkei und zur Modernisierung der Zollunion

EU-Leitinitiative für die Bekleidungsbranche

Schutz gegen gedumpte und subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern

Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Chile über den Handel mit ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Aussprache mit der Kommission über die Freihandelsabkommen mit Malaysia und dem ASEAN

Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Neufassung)

Handelspolitische Schutzinstrumente der EU

27.-28. Februar Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum

Finanztechnologie: Einfluss der Technologie auf die Zukunft des Finanzsektors

Inhaltsverzeichnis

Hybride Gestaltungen mit Drittländern

Einstufung unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge

Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und Änderung der Richtlinien 98/26/EG, 2002/47/EG, 2012/30/EU, 2011/35/EU, 2005/56/EG, 2004/25/EG und 2007/36/EG

Angenommene Einrichtungen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen

Verschuldungsquote, strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, Gegenparteiausfallrisiko, Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten

27.-28. Februar **Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

Vorschriften für die Bereitstellung von Düngeprodukten mit CE-Kennzeichnung auf dem Markt

Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion und Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen

27.-28. Februar **Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten**

Aussprache mit Christa Sedlatschek (Direktorin der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA))

Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

Erläuterung der Verordnungen über Agenturen durch die Kommission

27.-28. Februar **Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr**

Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe

Inhaltsverzeichnis

Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion und Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen

Anhörung zu dem Thema „Wirtschaftliche Verluste von Beförderungsunternehmen aufgrund verstärkter Grenzkontrollen“

Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft

28. Februar **Ausschuss für Wirtschaft und Währung / Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres**

Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung

28. Februar **Rechtsausschuss**

Grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts

28. Februar **Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Entwicklungsausschuss, Haushaltsausschuss**

Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) und Einrichtung der EFSD-Garantie und des EFSD-Garantiefonds

28. Februar **Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie**

Der Ausschuss tagt.

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

1. März

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern

Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente im Energiebereich

Optionen der EU, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern

Durchführung des Programms „Kreatives Europa“

Tagungen des Rates

27. Februar Verkehr, Telekommunikation und Energie

Paket „Saubere Luft“ - Gedankenaustausch

Lage der Energieunion

- Vorstellung durch die Kommission

Aktuelle Gesetzesvorschläge (Informationen des Vorsitzes zum Sachstand):

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Energieeffizienzkennzeichnung

28. Februar Umwelt

Beratungen über Gesetzgebungsakte

- (ggf.) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und zur Förderung von Investitionen in CO₂-effiziente Technologien (Allgemeine Ausrichtung)

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Auswirkung auf die EU-Umweltpolitik
- Ökologisierung des Europäischen Semesters und Überprüfung der Umsetzung der EU-Umweltpolitik (EIR)

Sonstiges

- Emissionshandelssystem (EHS) - Luftfahrt (Informationen der Kommission)
- Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft (Informationen der Kommission zu den neuesten Entwicklungen)
- Natura 2000 im Europäischen Solidaritätskorps (Informationen der Kommission)

3. März Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004

Inhaltsverzeichnis

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- Europäisches Semester 2017
 - Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen: Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und Verringerung der Unterschiede innerhalb der EU
 - Vorrangige Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik: Politische Leitlinien für 2017
 - Länderberichte 2017
- Dreigliedriger Sozialgipfel

Sonstiges

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
- Folgemaßnahmen zur Mitteilung der Kommission „Investieren in Europas Jugend“ (Informationen der Kommission)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

2. März

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-568/15 Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main

Tarif für 0180-Kundendienstnummer

Das deutsche Unternehmen comtech vertreibt Elektro- und Elektronikartikel. Es weist auf seiner Website auf einen telefonischen Kundendienst hin, dessen Telefonnummer eine sogenannte 0180-Nummer ist, die in Deutschland für Service-Dienste verwendet wird und für die ein deutschlandweit einheitlicher Tarif gilt. Die Kosten für einen Anruf unter dieser (geografisch nicht gebundenen) Sondernummer sind höher als die Kosten, die dem Verbraucher für einen Anruf zu einer gewöhnlichen (geografischen) Festnetz- oder Mobilfunk-Nummer entstehen würden. Die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main hat comtech vor dem Landgericht Stuttgart auf Unterlassung dieser - ihrer Ansicht nach unlauteren - Geschäftspraktik verklagt. Das Landgericht hat dem Gerichtshof die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob die Richtlinie über die Rechte der Verbraucher der Anwendung eines derartigen Tarifs entgegensteht.

[Weitere Informationen](#)

Ausgewählte laufende Konsultationen

Bank- und Finanzwesen

[Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion 2017](#)

20.01.2017 - 13.03.2017

Besteuerung

Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze (Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze)
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel (B2B-Lieferungen von Gegenständen)
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern
30.11.2016 - 08.03.2017

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“
28.11.2016 - 27.02.2017

Entwicklung

Öffentliche Konsultation über die Außenfinanzierungsinstrumente der Europäischen Union
07.02.2017 - 03.05.2017

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen - Bewertung von Öffentlich-öffentlichen Partnerschaften (Artikel 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 - 30.04.2017

Öffentliche Konsultation der Interessenträger - Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen
08.12.2016 - 10.03.2017

Handel

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
21.12.2016 - 15.03.2017

Inhaltsverzeichnis

Innere Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014-2020
09.01.2017 - 10.04.2017

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)
18.01.2017 - 12.04.2017

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“
10.01.2017 - 26.04.2017

Kultur

Offene öffentliche Konsultation über das Programm "Kreatives Europa"
23.01.2017 - 16.04.2017

Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission
27.01.2017 - 28.04.2017

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel
16.12.2016 - 17.03.2017

Unternehmen

Öffentliche Konsultation zur Einführung eines Mechanismus zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben
20.01.2017 - 14.04.2017

Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden
10.01.2017 - 26.04.2017

Öffentliche Konsultation: Intelligente Spezialisierung: ein neuer Ansatz für das europäische Wachstum und Beschäftigung durch regionale Innovationsstrategien
21.12.2016 - 24.03.2017

Verkehr

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 - 23.04.2017

Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge
19.12.2016 - 24.03.2017

Inhaltsverzeichnis

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt
14.12.2016 - 22.03.2017

Wettbewerb

Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren
25.11.2016 - 25.02.2017

Inhaltsverzeichnis